



universität  
wien

Deutscher Bundestag

Enquete-Kommission

Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität

Kommissionsdrucksache

17(26)45

7. Juli 2011

Institut für Politikwissenschaft

Universitätsstraße 7/2

A-1010 Wien

Tel: +43-1-4277-49452

Fax: +43-1-4277-9477

www.univie.ac.at/politikwissenschaft

**Univ.-Prof. Dr. Ulrich Brand**

Berlin/Wien, 4. Juli 2011

## Die wissenschaftliche Perspektive der Politischen Ökologie

Für das Plenum der Enquete-Kommission und insbesondere für die PG 3

In unserer Enquete-Kommission und insbesondere in der Projektgruppe 3 gibt es m.E. immer wieder Missverständnisse deswegen, da wir von unterschiedlichen theoretischen Standpunkten aus argumentieren. Meine Entgegnung auf den Beitrag von Hermann Ott im April-Plenum zur ökologischen Dimension der Krise, mein Insistieren gegenüber Kollegen Bettzüge, dass Entkopplung nicht nur eine technologisch-ökonomische Frage ist, meine produktiv gemeinte Kritik an Ansätzen wie einem Grünen New Deal – nicht um die Intention zu verwerfen, sondern um vor Gefahren zu warnen - wie auch sonstige Beiträge meinerseits möchte ich daher kurz einordnen.

Mit wurde diese Notwendigkeit auch deutlich als der Vorsitzende der PG 3, Kollege Ott, einmal meinte, wir würden nun alle einen „Crash-Kurs in Umweltökonomie“ erhalten. Umweltökonomie ist ein wichtiges, in der Neoklassik angesiedeltes wissenschaftliches Paradigma. Aber eben nur eines, denn schon in der Volkswirtschaftslehre hat sich mit der ökologischen Ökonomie ein anderes Paradigma entwickelt. Auch ökologisch ausgerichtete Beiträge der feministischen Ökonomie haben mit der Umweltökonomie nicht viel gemeinsam. Zudem gibt es andere, wirtschaftswissenschaftliche Sichtweisen ergänzende Perspektiven.

Im Sinne einer den Problemen angemessenen und gesellschaftspolitisch notwendigen Pluralität der Zugangsweisen möchte ich in der gebotenen Kürze die Perspektive der Politischen Ökologie skizzieren und ihren möglichen Nutzen für unsere Arbeit darstellen. Da Wissenschaft für mich mit Plausibilität zusammenhängt – es gibt keinen übergeordneten Wahrheitsstandpunkt -, möchte ich eben diesen kenntlich machen und dafür werben; und ihn natürlich auch der Kritik aussetzen. Es erfolgen nur wenige Hinweise auf Literatur; das kann bei Interesse gerne ausgeführt werden. Außerdem lege ich die Druckfahne eines Artikels von meinem Kollegen Markus Wissen und mir bei, der gerade in der Österreichischen Zeitschrift für Soziologie erschienen ist und in dem wir theoretische und zeitdiagnostische Aspekte ausführen (Brand/Wissen 2011a).

Der Ansatz bzw. das Forschungsfeld der politischen Ökologie ist in der deutschsprachigen Diskussion eher randständig (am ehesten noch in der Geographie verankert). Synonym wird vielfach – trotz Differenzen im Detail - der Begriff der gesellschaftlichen Naturverhältnisse oder der sozialen Ökologie verwendet. Wichtig für die theoretische, empirische und methodologische Entwicklung im deutschsprachigen Raum sind das Institut für sozial-ökologische Forschung in Frankfurt/M., KollegInnen am Umweltforschungszentrum Leipzig, am Wuppertal-Institut sowie an Universitäten wie Kassel, Berlin, Dresden oder Wien (Hamburg, Bremen, Bayreuth für Geographie). Im angelsächsischen Raum erfreut sich die politische Ökologie längerjähriger Anerkennung, was

etwa dadurch deutlich wird, dass in renommierten Zeitschriften diesbezüglich publiziert werden kann und es Überblicksbände (jüngst Peet et al. 2011) und Lehrbücher gibt.

### Einige zentrale Aussagen

Die Politische Ökologie geht davon aus, dass der **Stoffwechsel zwischen Gesellschaft, Individuum und Natur** konstitutiv vermittelt ist. Das welthistorische Problem, mit dem wir heute konfrontiert sind, ist also nicht eine Übernutzung der „Natur da draußen“, in die Gesellschaft eingreift, Natur übernutzt und zerstört wird (in diese Richtung ging mein Verweis auf die Gefahr der enggeführten Interpretation des Umweltraums; weniger bei den Kollegen Ott und Schneidewind, sondern in der öffentlichen Debatte). Natur wird gesellschaftlich – d.h. sozio-ökonomisch, kulturell und politisch-institutionell – angeeignet. In den Blick geraten damit **nicht „die Umwelt“, sondern die gesellschaftlichen Formen der Aneignung von Natur**: also die Formen wie gesellschaftliche Basisbedürfnisse wie Ernährung und Wohnen, Mobilität und Kommunikation, Gesundheit und Fortpflanzung materiell und symbolisch produziert und konsumiert werden (Becker/Jahn 2006, Becker et al. 2011, Görg 2003). Das hat etwas mit gesellschaftlicher Arbeitsteilung, Preisentwicklungen, politischen Rahmenbedingungen, Orientierungen an einem „attraktiven Leben“ u.a. zu tun. In diese Richtung geht m.E. auch die Überlegung von Kollegen Müller, von einer „Mitwelt“ zu sprechen. Die politische Ökologie geht also davon aus, dass komplexe und historisch veränderbare Verhältnisse zwischen Gesellschaft, Individuum und Natur bestehen (mitunter als Metabolismus bezeichnet).

Damit wird deutlich (so ein vorsichtiger Einwand zum neuen WBGU-Gutachten), dass nicht „die“ (Welt-)Gesellschaft für die ökologische Krise verantwortlich ist, sondern dass es konkrete und meist herrschaftliche **(welt-)gesellschaftliche Strukturmuster** entlang von Klassen-, Geschlechter, ethnisierenden und internationalen Verhältnissen und Modernitätsvorstellungen sind, die zu gesellschaftlicher Dynamik und damit zu den dominanten Formen der Naturaneignung beitragen – und als deren Nebenfolgen zur ökologischen Krise. Ein „konsequent globaler Blick“ (so immer wieder und richtigerweise Kollege Bettzüge) muss berücksichtigen, dass das Globale durch ökonomische und geopolitische Konkurrenzen strukturiert ist. Damit sind einige **„drivers“ der ökologischen Krise** benannt.

Auch die Betroffenheiten von spezifischen Dimensionen der sozial-ökologischen Krise sind sehr unterschiedlich für verschiedene gesellschaftliche Gruppen und entsprechend spielen Verteilungsfragen eine wichtige Rolle.

Es soll die materialen Eigenständigkeiten biophysikalischer Prozesse nicht negiert werden (denn sie sind unter Umständen nicht mehr reproduktionsfähig), aber diese sind eben gesellschaftlich überformt. Das ist ja ein Kern der Wachstumsproblematik; dass der fossilistische Industrialismus tendenziell grenzenlos ist, weil Unternehmen, Lohnabhängige, Staat sich beim Übergang von der Agrar- in die Industriegesellschaft Natur auf eine bestimmte Weise angeeignet haben (zum Begriff der „imperialen Lebensweise Brand/Wissen 2011b).

Und umgekehrt formt die Materialität der Natur soziale Prozesse. Bei Trockenheit, Bodenerosion oder lokalem Umkippen des Klimas, aber auch bei der Verknappung von Ressourcen ist direkt einsichtig, dass Gesellschaften von Natur abhängig sind. Aber auch: Wenn Atomkraftwerke, Autobahnen oder Infrastrukturen für den Transport von Gas aus Russland nach Westeuropa mal gebaut sind, dann sind damit Produktions- und Konsumweisen verankert, ökonomische und politische Interessen damit verbunden. Entsprechend sind der Zugang zu und Kontrolle über Natur bzw. „Ressourcen“ entscheidend für gesellschaftlicher Verhältnisse – und dies ist eine besondere „driving force“ aktueller Geopolitik.

Der eben skizzierte Aspekt kam in der Plenumssitzung zum Fortschrittsdenken gut heraus: Die Natur hat Eigengesetzlichkeiten, sie ist eben nicht beliebig beherrschbar, sondern gesellschaftliche Formen der Aneignung verursachen eben Übernutzung, Krisen u.a. Wir benötigen also Studien wie jene von Rockström, um die Krisendimensionen mit naturwissenschaftlichen Methoden sichtbar zu machen; wir benötigen aber auch Einsichten in die gesellschaftlichen Ursachen der Übernutzung.

Die Politische Ökologie berücksichtigt neben den vielfältigen *Naturverhältnissen* auch die dominanten und marginalen *Naturverständnisse*, d.h. die symbolisch-diskursiven Dimensionen der Naturaneignung. Damit sind Fragen der Deutungsmacht – wie jene von „Fortschritt“ und „Wachstum“ und entsprechend Natur als auszubeutende Ressource – verbunden. Derart breit verstandene Naturverhältnisse sind immer plural, denn es bestehen ja vielfältige Formen der Mobilität oder von Ernährung, aber einige sind dominanter, weiter verbreitet, mit machtvollen Interessen verknüpft und u.U. Natur-zerstörerischer.

Vor diesem Hintergrund macht es aus Sicht der Politischen Ökologie Sinn, von einer **sozial-ökologischen Krise** zu sprechen und diese nicht von anderen gesellschaftlichen Entwicklungen und Krisen zu isolieren.

Es kann daher auch keine simplen Kausalitäten zwischen gesellschaftlichen Aktivitäten und natürlichen Prozessen bzw. ökologischen Problemen geben. Die politische Ökologie nimmt an, dass nicht nur die wissenschaftlich konstruierten Grenzen (*boundaries*) ein Problem sind, sondern eben die vielfältigen gesellschaftlichen Dynamiken der Naturaneignung: staatliche Politiken, unterschiedliche wirtschaftliche Tätigkeiten, kulturelle Praktiken, Erziehungs- und Subjektivierungsprozesse (vgl. die Studie von Swyngedouw 2010 zur aktuell katastrophischen Rahmung des Klimawandels und dominanten Formen der Post-Politik).

Welche Perspektive auf staatliche und intergouvernementale **Politik** ist aufgrund theoretischer Überlegungen und empirischer Forschungen plausibel? (Ich hatte mich dazu teilweise schon im Papier zu Governance im Frühjahr geäußert.) Gegen vorschnelle Annahmen, dass staatliche und intergouvernementale Politik zuvorderst Kooperation zur Bearbeitung von Problemen bedeutet bzw. im Fall von Marktversagen regelnd einspringt, wird zunächst analytisch gefragt, welchen Anteil Politik überhaupt an den aktuell dominanten und häufig problematischen Entwicklungen hat. Zugespitzt, das zeigen viele Einzelstudien, sichert Politik – bei allen Erfolgen schwacher nachhaltiger Veränderungen im Einzelnen - die bestehenden und weitgehend un-nachhaltigen sozio-ökonomischen und kulturellen Verhältnisse auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene ab. Daher rühren viele Implementierungsprobleme effektiver sozial-ökologischer Politiken. Das hat weniger mit fehlender Einsicht der Politik, sondern mit gesellschaftlichen Macht- und Kräfteverhältnissen zu tun.

Die kritische sozialwissenschaftliche Umweltforschung weist dagegen auf die unzureichende Umsetzung der Umweltpolitiken hin. Die ökologische Krise ist kein reines Managementproblem, sondern hängt mit machtvoll gesetzten Produktions- und Konsumnormen sowie mit tief in der Bevölkerung verankerten Lebensweisen zusammen. Jenseits symbolischer und inkrementeller Politik scheint die grundlegende Transformation des Verhältnisses zwischen Gesellschaft und Natur hin zu nicht zerstörerischen Praktiken aktuell eher unwahrscheinlich.

Entsprechend besteht eine starke Skepsis gegenüber pauschaler Forderung nach mehr staatlicher Regulierung, aktivierendem oder gar starkem Staat. Derzeit spielt die politische Musik weniger in Prozessen hin zu Umweltverträglichkeit, sondern eher in Richtung Energiesicherheit um (fast) jeden Preis. Zu fragen ist: wer eignet sich wie Natur an, unter welchen Bedingungen, zu welchem Zweck, mit welchen Ergebnissen und Nebenfolgen? Welche Interessen werden dabei nicht berücksichtigt (etwa die der lokalen Bevölkerung in Erdöl- oder Bergbauregionen).

„Politik“ – auch im Modus von Governance - erschöpft sich aber nicht nur in staatlicher und internationaler, sondern es wird anerkannt und entsprechend untersucht, dass es vielfältige politische, sozio-ökonomische und kulturelle **Konflikte** um die konkreten Formen der Naturaneignung gibt: Stuttgart 21 oder Castor-Proteste sind Ausdruck davon wie auch die vielen lokalen Widerstände gegen Bergbauprojekte in Ländern des globalen Südens. Entsprechend spricht die *Third World Political Ecology* von „politisierte Umwelt“.

Schließlich Politik im **Mehrebenensystem**: Die in der angelsächsischen Diskussion stark in der Geographie verankerte Politische Ökologie betont mit dem Begriff *scale* (räumliche Maßstabsebenen) die Tatsache, dass sich politische, ökonomische, kulturelle, aber auch biophysikalische Strukturen und Prozesse entlang unterschiedlicher räumlicher Ebenen vollziehen. Während Politik noch vielfach zuvorderst (nicht nur) auf der nationalstaatlichen und EU-Ebene sich vollzieht, sind ökonomische Prozesse oft globalisiert. Ökologische Krisenphänomene könnten sehr lokal und sehr global sein.

Da es sich um einen pluralistischen Ansatz mit unterschiedlichen Schwerpunkten handelt, hebe ich im Folgenden ich **einige weitere Aspekte** hervor (ohne Anspruch auf Vollständigkeit), die in Teilbereichen der Politischen Ökologie betont werden und die für unsere Arbeit ggf. anregend sein könnten.

1) Menschen sind in ihren Lebensverhältnissen vielfältig **praktisch** und in der Regel wenig nachhaltig tätig, so könnte in Anlehnung an den Soziologen Pierre Bourdieu argumentiert werden. Sie haben bestimmte Lebensweisen verinnerlicht („Habitus“) und tragen damit zur Strukturierung der Gesellschaft („Feld“) bei. Insofern fokussiert die politische Ökologie weniger den gesellschaftlichen Wertewandel (WBGU 2011), den es in ökologischen Fragen in bestimmten Bevölkerungsschichten durchaus geben mag, sondern fragt inwieweit die gesellschaftlich durchaus wahrgenommene ökologische Krise sich in andere Lebenspraxen übersetzt bzw. übersetzen kann. Das hat aber nicht nur etwas mit Selbstveränderung im Sinne anderen Konsums zu tun, sondern eben mit der Veränderung gesellschaftlicher Strukturen (Felder).

2) Die **kritische politische Ökonomie** – für sie steht im deutschsprachigen Raum führend Elmar Altvater (etwa 1992, 2005) – argumentiert, dass der wesentlich über Arbeit vermittelte Stoffwechsel menschlicher Gesellschaften mit der Natur in kapitalistischen Gesellschaften eine besondere Form annimmt: Die Produktion von Gebrauchswerten um des Tauscherts bzw. Profits Willen, eine herrschaftsförmige Arbeitsteilung zwischen Kapital und Lohnarbeit, sowie anderer Formen von Arbeit und zudem die Entwicklung eines modernen, von der kapitalistischen Ökonomie und den Klassenverhältnissen getrennten Staates. Diese gesellschaftlichen Formen sind zentral für die Organisation des Stoffwechsels zwischen Natur und Gesellschaft. Die Dynamik der kapitalistischen Wirtschaft bestehe darin, Menschen bzw. Arbeitskraft und Natur in Wert zu setzen. Die moderne kapitalistische Ökonomie basiere auf einem quantitativen, d.h. expansiven Zuwachs von Geldwerten, wobei das auf Krediten basierende Produktionssystem zur Überschusserzielung zwingt, während hingegen eine natürliche Evolution vor allem in der qualitativen Veränderung von Stoffen und Energien bestehe.

3) **Feministische Forschungen** in der politischen Ökologie sehen die Ursachen der sozial-ökologischen Krise in einem männlichen, rationalistischen und westlichen Entwicklungsverständnis, das zuvorderst und als Bestandteil patriarchaler Dominanzverhältnisse an der Beherrschung der Natur orientiert ist. Kritisiert wird, dass die herrschenden Formen der Umweltpolitik – samt ihrer epistemischen Macht – dies nicht infrage stellen und damit alternative Ansätze sowie Erfahrungen ausblenden würden. Entsprechend werden der Begriff der nachhaltigen Entwicklung und die damit verbundenen Politiken hinterfragt. Zudem wird die dominante Globalisierung, samt der sie vorantreibenden politischen Institutionen und internationalen Verhandlungsprozesse, als integraler Bestandteil der ökologischen Krise verstanden. Analytisch ist zentral,

einen umfassenderen Begriff von Produktivität zu entwickeln und zu stärken, der über die Produktivität von Lohnarbeit, Kapital und Boden hinausgeht. Der Begriff der Sorgeökonomie nimmt in den Blick, dass ein großer Teil der gesellschaftlichen Arbeit nicht als Lohnarbeit und insbesondere von Frauen verrichtet wird. Auf der normativen Ebene geht es der feministischen Forschung bei der Bearbeitung der ökologischen Krise auf vielen Ebenen um Selbstbestimmung und Geschlechtergerechtigkeit, sowie expliziter als in anderen Ansätzen um die Frage der Demokratie. (Biesecker/Hofmeister 2006, 2010, Salleh 2009, Wuppertal-Institut 2008, 250-275).

4) Gegen positivistische wissenschaftliche Ansätze nimmt die politische Ökologie auch die Repräsentation von Natur/Umwelt, ihrer Aneignung und die ökologische Krise in den Blick. Eine Strömung der politischen Ökologie, die eng mit dem Namen Michel Foucault verbunden ist, betont, dass **umweltpolitische Diskurse durch die Verbindung mit wissenschaftlicher Wissens- und Wahrheitsproduktion** wirken (ein bestimmtes Verständnis von „nachhaltiger Entwicklung, z.B.), die selbst wiederum Probleme auf eine bestimmte Art und Weise rahmt, bestimmte Politiken legitimieren und damit Korridore „rationaler“ Problembearbeitung vorgibt (wie etwa Klima-Assessments des IPCC, Umwelt-Assessments in den Global Environmental Outlooks / GEO oder dem WBGU) und andere als irrational abtut - etwa Ansätze, welche die Marktlogik hinterfragen oder die lokalem Wissen einen hohen Stellenwert geben. Zudem wird untersucht, inwiefern durch unterschiedliche „Regierungsweisen“ bestimmte Normalitäten und Subjektivitäten erzeugt würden – etwa solche am Markt, an ökologischer Modernisierung und/oder an einem liberal-ökologischen Verständnis orientierten (Agrawal 2005, Escobar 2008, Jasanoff 2010, Brand 2010, Luke 2009, Escobar 2008).

### **Mehrwert der Erkenntnis und mögliche Anregungen für unsere Arbeit**

Ich hoffe, dass bereits bis hierher einige Anregungen gegeben werden konnten. In der Folge werden einige Aspekte unterstrichen und mögliche Konsequenzen für unsere Arbeit formuliert.

1) Deutlich sollte bisher schon werden: Die ökologische Krise ist aus Sicht der Politischen Ökologie keine der Übernutzung der Natur oder des Umweltraumes – wenngleich die Metapher in der öffentlichen Diskussion hilfreich ist -, sondern eine **sozial-ökologische Krise** der gesellschaftlichen, d.h. industrialistischen, fossilistischen, kapitalistischen, patriarchalen und imperialen Formen der Naturaneignung. Die historisch entstandenen und tief verankerten Naturverhältnisse haben etwas mit Produktions-, Distributions- und Konsumweisen zu tun, die wiederum tief in sozio-ökonomischen, politisch-institutionellen und kulturellen Praxen verankert sind. Diese Krisendimensionen werden aktuell eher verschärft (mit Fokus auf den Klimawandel Brunnengräber/Dietz 2011).

2) Absolute wie relative **Entkopplung** ist demnach ein komplexer gesellschaftlicher Prozess, der die biophysikalischen und konkreten naturräumlichen Bedingungen und Vulnerabilitäten berücksichtigt. Zudem: Wichtige Arbeiten im Umfeld der sozialen Ökologie argumentieren, dass wir uns gegenwärtig global gesehen – d.h. zwei Drittel der Weltbevölkerung betreffend - immer noch im Übergang von Agrar- in Industriegesellschaften befinden (Haberl et al. 2011). Insofern ist Skepsis angebracht hinsichtlich allzu großer Hoffnungen auf den Übergang in eine Dienstleistungs- oder Wissensgesellschaft. Und Entkopplung wird nicht nur mit technologischer Optimierung und Ressourceneffizienz erreichbar sein.

3) Hinsichtlich der **Indikatoren** legt die Politische Ökologie – und insbesondere die feministische Politische Ökologie – nahe, dass die vielfältigen gesellschaftlichen Tätigkeiten, die nicht der formellen Ökonomie zugerechnet werden, berücksichtigt werden, um so sichtbar und Gegenstand politischen Handelns zu werden.

4) Die Existenz und langjährige Thematisierung der ökologischen Krise hat dazu geführt, dass die Überwindung der Krise durchaus etwas mit der Bearbeitung der ökologischen Krise zu tun haben könnte. Begriffe wie *Green New Deal*, *green economy* oder ‚grüner Kapitalismus‘ haben durchaus eine gewisse Prominenz. Die Formen der Krisenbearbeitung sind nicht neutral in dem Sinne, dass es eine „beste Lösung“ für Probleme gibt. Aus Sicht der politischen Ökologie wird deutlich, dass in der aktuellen multiplen Krise sich unterschiedliche **gesellschaftspolitische Projekte** formieren, um die Krise zu bearbeiten und damit je spezifische Interessen und politische Orientierungen zu stärken. Aus meiner Sicht gewinnen Debatte und Strategien um eine „**green economy**“ derzeit an Fahrt – viele Beiträge in unserer Kommission deuten in diese Richtung (vgl. auch die Vorschläge für einen Green New Deal, die Vorbereitungen zur Rio+20-Konferenz in Juni 2012; UNEP 2009, Communication from the Commission 2010, European Commission 2011; zum Paradigma der ökologischen Modernisierung Jänicke 2008, Huber 2011). Zudem beobachten wir gegenwärtig, dass sehr liquide Finanzmarktakteure zunehmend in Boden, Landwirtschaft und Infrastruktur investieren (vgl. etwa Schaffnit-Chatterjee/Deutsche Bank Research 2009, HighQuest Partners 2010, Daniel/Mittal 2010; weitere Hinweise in der von mir erstellten Literaturliste von März).

Was sind dabei, so einige analytische und politische Fragen, die Triebkräfte und die Dynamiken, Ausschlüsse und Probleme? Handelt es sich um eine Art reflexiver Form ökologische Modernisierung? Welchen Stellenwert hat das starke Vertrauen auf die grundlegend positive Wirkung von Marktkräften hin zu einer *green economy*, samt der entsprechenden politischen Rahmenbedingungen und dem Versprechen, damit Lohnarbeitsplätze, qualitatives Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen? Auch hier: Wo liegen neben den Berechnungsgrundlagen der „green jobs“ die Probleme, wenn beispielsweise die Gewerkschaften – darauf wies Kollege Hexel hin - in den „grünen“ Branchen schwach bzw. gar nicht vorhanden sind?

5) Gegen Vorstellung gradueller steuerbarer Veränderungen wie sie im Rahmen von Projekten wie ökologischer Modernisierung propagiert werden ist zunächst **Skepsis angebracht gegenüber dem generellen Steuerungsversprechen der Politik**. Es geht vielmehr darum, den Spielraum von staatlicher und internationaler Politik für mehr Nachhaltigkeit im ganz umfassenden und emphatischen Sinne zu schaffen. Bestimmte Interessen zurückzudrängen, an Kurzfristigkeit und Tagesaktualität orientierte politische Logiken aufzubrechen, alternativen Ansätzen mehr Raum zu verschaffen.

Entsprechend können Perspektiven starker Nachhaltigkeit nicht von Fragen der **Demokratie** losgelöst werden. Wer entscheidet heute über die wesentlichen Produktions- und Konsumnormen und – allgemeiner – über die Entwicklungsrichtung der Gesellschaft? Inwieweit sichern die existierenden demokratischen Strukturen und Prozesse wenig nachhaltige Produktions- und Lebensweise ab und was gilt es hier ggf. zu verändern? Demokratische Strukturen und Prozesse und die Gestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse sind umgekehrt abhängig vom Zugang zu Ressourcen, der Kontrolle des Zugangs u.a. Fragen der demokratischen Gestaltung der Naturverhältnisse sind also eng verknüpft mit innergesellschaftlichen wie internationalen Verteilungsfragen und solchen gesellschaftlicher Macht.

Schließlich: Eine politisch-ökologische Perspektive unterläuft die Dichotomie von „Markt versus Staat“ und fragt nach den konkreten Inhalten unternehmerischer und staatlicher Politiken; auch auf der internationalen Ebene etwa die Strukturen und Prozesse, die als Global Governance bezeichnet werden. Das sollten wir bei der weiteren Arbeit der Enquete-Kommission berücksichtigen.

## Eine Anregung zum Schluss

Wenn wir die im Einsetzungsbeschluss dargelegte Dramatik vieler Entwicklungen – insbesondere im Hinblick auf die sozial-ökologische Krise – ernstnehmen, dann könnten wir uns die derzeit in der sozial-ökologischen Forschung, aber auch in der politiknahen Wissenschaft (prominent und nochmals WBGU 2011) an Dynamik beginnende Diskussion um Transition / Transformation bzw. Transition-Management (Rotmans et al. 2001, Shove/Walker 2007, Rotmans/Kemp 2008) genauer ansehen. Davon wäre m.E. einiges zu lernen im Hinblick auf die Möglichkeiten und Grenzen gesellschaftlichen und politischen (Um-)Steuerns.

## Zitierte Literatur

- Agrawal, Arun (2005): *Environmentality. Technologies of Government and the Making of Subjects*. Durham, London: Duke University Press.
- Altwater, Elmar (1992): *Der Preis des Wohlstands - oder Umweltplünderung und neue Welt(un)ordnung*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Altwater, Elmar (2005): *Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Becker, Egon/Jahn, Thomas (2006): *Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen*. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Biesecker, Adelheid/Hofmeister, Sabine (2006): *Die Neuerfindung des Ökonomischen. Ein (re)produktionstheoretischer Beitrag zur Sozial-ökologischen Forschung*. München: Oekom.
- Biesecker, Adelheid/Hofmeister, Sabine (2010): *Focus: (Re)Productivity. Sustainable relations between society and nature and between genders*. In: *Ecological Economics* 69(8), 1703-1711.
- Brand, Ulrich (2010): *Sustainable development and ecological modernization - the limits to a hegemonic policy knowledge*. In: *Innovation: The European Journal of Social Science Research*, 23(2), 135-152.
- Brand, Ulrich (2011): *Stichwort Natur*. In: Niederberger, Andreas/Schink, Philipp (Hg.): *Globalisierung. Ein interdisziplinäres Handbuch*. Stuttgart/Weimar: Metzler, 63-70.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2011a): *Die Regulation der ökologischen Krise. Theorie und Empirie der Transformation gesellschaftlicher Naturverhältnisse*. In: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 36(2), 12-34.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2011b): *Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. Zu Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse*. In: Alex Demirovic, Julia Dück, Florian Becker und Pauline Bader (Hg.): *VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus*. Hamburg: VSA, 78–93.
- Brunnengräber, Achim/Dietz, Kristina (2011): *Der Klimawandel – eine multiple Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse*. In: Demirovic, Alex; Dück, Julia; Becker, Florian; Bader, Pauline (Hg.): *VielfachKrise im finanzmarktdominierten Kapitalismus*, Hamburg: VSA, 95-110
- Becker, Egon/Hummel, Diana/Jahn, Thomas (2011): *Gesellschaftliche Naturverhältnisse als Rahmenkonzept*. In: Groß, Matthias (Hg.): *Handbuch Umweltsoziologie*. VS Verlag, 75-96.
- Communication from the Commission (2010): *Europe 2020 A strategy for smart, sustainable and inclusive growth*, COM(2010) 2020 Brussels, 3 March 2010
- Daniel, S. and Mittal, A. (2010): *(Mis)Investment in Agriculture. The Role of the International Finance Corporation in Global Land Grab*. Oakland: The Oakland Institute.
- European Commission (2011): *Studies on Economy, Environment and Competitiveness*, <http://ec.europa.info/infomaniak.ch/environment/enveco/studies.htm>
- GEO 4 – Global Environmental Outlook (2007): *Environment for Development*. UNEP, [http://www.unep.org/geo/geo4/report/GEO-4\\_Report\\_Full\\_en.pdf](http://www.unep.org/geo/geo4/report/GEO-4_Report_Full_en.pdf)
- Görg, Christoph (2003) *Regulation der Naturverhältnisse. Zu einer kritischen Theorie der ökologischen Krise*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Haberl, Helmut/Fischer-Kowalski, Marina/Krausmann, Fridolin/Martínez-Alier, Joan/Winiwarter, Verena (2011): A Socio-metabolic Transition towards Sustainability? Challenges for Another Great Transformation. In: Sustainable Development 19, 1-14.

HighQuest Partners, United States (2010), Private Financial Sector Investment in Farmland and Agricultural Infrastructure, OECD Food, Agriculture and Fisheries Working Papers, No. 33, OECD Publishing.

Huber, Joseph (2011): Ökologische Modernisierung und Umweltinnovation. In: Groß, Matthias (Hg.): Handbuch Umweltsoziologie. VS Verlag, 279-302.

Escobar, Arturo (2008): Territories of Difference. place, movements, life, redes. Durham, London: Duke University Press.

Fischer-Kowalski M, Haberl H. 2007. Socioecological Transitions and Global Change: Trajectories of Social Metabolism and Land Use. Cheltenham: Elgar.

Fischer-Kowalski, Marina/Mayer, Andreas/Schaffartzik, Anke (2011): Zur sozialmetabolischen Transformation von Gesellschaft und Soziologie. In: Groß, Matthias (Hg.): Handbuch Umweltsoziologie. VS Verlag, 97-120.

Jänicke, Martin (2008): Megatrend Umweltinnovation. Zur ökologischen Modernisierung von Staat und Wirtschaft. München: Oekom.

Jasanoff, Sheila (2010): A New Climate for Society. In: Theory, Culture & Society, 27(2-3), S. 233-253.

Luke, Timothy W. (2009) Situating Knowledges, Spatializing Communities, Sizing Contradictions: Globality, Locality and Green Statism. In: Gabriela Kütting und Ronnie D. Lipschutz (Hg.): Environmental governance, power and knowledge in a local-global world, London und New York: Routledge, 13-37.

Swyngedouw, Erik (2010): Apocalypse Forever? Post-political Populism and the Spectre of Climate Change. In: Theory, Culture & Society 27(2-3), 213-232-

Peet, Richard/Robbins, Paul/Watts, Michael (Hg.): Global Political Ecology. London/New York: Routledge.

Rotmans, Jan/Kemp, René/van Asselt, Marjolein (2001): More evolution than revolution. Transition management in public policy. In: Foresight 3(1), 15-31.

Rotmans, Jan/Kemp, René (2008): Detour ahead: a response to Shove and Walker about the perilous road of transition Management. In: Environment and Planning A 40, 1006-1014.

Salleh, Ariel (Hg., 2009): Eco-sufficiency and global justice. Women write political ecology. London: Pluto/Spinifex.

Shove, Elisabeth, Walker, Gordon (2007): Commentary. CAUTION! Transitions ahead: politics, practice, and sustainable transition management. In: Environment and Planning A 39, 763-770

Schaffnit-Chatterjee C./Deutsche Bank Research (2009), The global food equation. Food security in an environment of increasing scarcity. Frankfurt am Main: Deutsche Bank Research.

UNEP (2009): A Global Green New Deal. Executive Summary. 1-21. Nairobi.  
([www.unep.org/greeneconomy/docs/ggnd\\_Final%20Report.pdf](http://www.unep.org/greeneconomy/docs/ggnd_Final%20Report.pdf)).

WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2011): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Zusammenfassung für Entscheidungsträger. Berlin.  
<http://www.wbgu.de/en/publications/flagship-reports/flagship-report-2011/>

Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie (2008): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt : ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte. Frankfurt am Main : Fischer.